

# «Viele Guerilleros haben die Nase voll»

Kolumbiens Farc willigen in den Frieden ein. Doch die Gewalt sei damit nicht beendet, sagt der Kolumbien-Experte Kai Ambos

**NZZ am Sonntag:** Sie beschäftigen sich als Strafrechtler seit über 20 Jahren mit Kolumbien. Ist der Bürgerkrieg mit dem Abkommen vom letzten Mittwoch zu Ende?

**Kai Ambos:** Das zu sagen, wäre übertrieben. Es wird zwar der älteste Konflikt in Kolumbien beendet, der zwischen der Regierung und der Guerilla der Farc (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens). Aber darüber hinaus gibt es viele weitere Gewaltakteure wie die Guerilla der ELN (Nationale Befreiungsarmee) und neue Drogenbanden.

Aber der Konflikt zwischen der Regierung und den Farc ist gelöst?

Auch da gibt es noch einige Hindernisse. Am 2. Oktober hält die Regierung eine Abstimmung über das Abkommen ab. Danach geht es um die Umsetzung, und da wird es richtig problematisch.

Die Hürde des Plebiszits ist ja tief.

Es wurde eine Wahlbeteiligung von im Minimum 13 Prozent ausgehandelt. Theoretisch könnte Präsident Juan Manuel Santos mit 6,5 Prozent der Wahlberechtigten die Zustimmung der Bevölkerung bekommen. Laut den Prognosen ist es möglich, dass er die Abstimmung verliert, denn er ist sehr unpopulär.

Viele in Kolumbien stossen sich am Strafabbatt für die Farc-Kämpfer.

Auch das humanitäre Völkerrecht sieht eine möglichst umfassende Amnestie zur Beendigung eines Konflikts vor. Damit verbunden ist die Hoffnung auf die Beendigung eines Konflikts, der schon Zehntau-

sende das Leben gekostet hat und noch viele weitere Opfer fordern könnte.

Und um des Friedens willen ist es möglich, dass ein Farc-Kämpfer und Mörder mit fünf Jahren Hausarrest davonkommt.

Ich bezweifle, dass das im Fall von Mord so sein wird. Das neue System soll, vereinfacht gesagt, die Ehrlichen, Reuigen belohnen und die Unverbesserlichen aus dem Verkehr ziehen. Wer sich der im Abkommen ausgehandelten neuen Gerichtsbarkeit freiwillig unterstellt und seine Taten gesteht, muss mit einem höchstens achtjährigen Freiheitsentzug rechnen, der auch ausserhalb des Gefängnisses verbüsst werden kann. Zum Beispiel im Hausarrest. Wer aber die Zusammenarbeit mit der Justiz verweigert, wird einem herkömmlichen Verfahren unterzogen, das mit

## Kai Ambos



Der Professor für internationales Strafrecht an der Universität Göttingen berät seit mehr als zwanzig Jahren die Justiz in Kolumbien. Ambos arbeitete auch als Verteidiger am Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien.



Bürger feiern die Ankündigung des Friedensabkommens zwischen Regierung und Farc-Rebellen. (Bogotá, 25. August 2016)

bis zu 20 Jahren Gefängnisstrafen enden kann.

Ist so etwas eigentlich mit dem Völkerrecht vereinbar?

Das Friedensabkommen erfüllt das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs. Es verlangt vereinfacht gesagt, dass es für völkerrechtliche Verbrechen keine Amnestie geben darf. Kolumbien geht sogar darüber hinaus. Auch bei Folter und anderen als Einzeltaten begangenen Delikten ist Strafverzicht ausgeschlossen.

Die Opfer des Bürgerkriegs wollen doch harte Strafen für die Täter.

Das ist die grosse Frage in Kolumbien. Manche wollen, dass die Täter ins Gefängnis kommen. Andere wollen vor allem, dass die betreffende Person ihre Straftat gesteht und bereut.

Das Abkommen sieht auch vor, dass die Farc die Waffen abgeben.

Die Uno soll das beaufsichtigen. Reicht das? Funktioniert das?

Da hat Kolumbien Erfahrung, nicht zuletzt mit den paramilitärischen Prozessen. Wenn die Uno so etwas überwacht, erhält das mehr Legitimität. Die wichtige Frage ist, ob sich die Führung der Farc in den eigenen Reihen durchsetzt und sich sämtliche Einheiten demobilisieren.

Man redet von 7000 Farc-Kämpfern unter Waffen. Es ist wohl naiv, zu glauben, dass diese jetzt aus dem Urwald zurückkehren und einen Coiffeursalon im nächsten Dorf eröffnen.

Das wäre aber genau die Idee. Das Wichtigste ist, die Reintegration zu fördern. Bei früheren Demobilisierungen, zum Beispiel der Guerilla M-19, hat man denen ein Auto und eine Taxilizenz gegeben. Sie fuhren dann Taxi in Bogotá oder Medellín. So hatten sie etwas zu tun. Auch heute muss der Staat etwas

anbieten, um diese Leute zu reintegrieren.

Kolumbien hat sich zu sehr viel verpflichtet: Reintegration der Guerilleros, dazu die Lösung der jahrzehntealten Landfrage. Zudem sollen die Koka-Bauern Alternativen erhalten. An all dem ist das Land bis jetzt gescheitert.

Der Einwand ist sehr berechtigt. Man kann nur sagen: Wenn Santos die Abstimmung besteht, kommt es ganz stark auf die Umsetzung an. Das ist eine Jahrhundertaufgabe.

Im stark von den Farc kontrollierten Departement Nariño hat nun ein Stadtpräsident geklagt, mit dem Rückzug der Guerilla sei die Gewalt gestiegen. Kann das sein?

In der Kriminologie spricht man von der Autorität der Illegalität. Eine illegale Gruppe ist immer auch ein Ordnungsfaktor. Wenn sie sich zurückzieht, entsteht ein Machtvakuum, das

gefüllt werden muss. Das sehen wir ja im Irak oder in Syrien.

Arbeiten die Farc-Kämpfer also nun auf eigene Rechnung?

Nein. Viele Guerilleros waren 20 oder 30 Jahre in den Bergen und haben jetzt einfach die Nase voll. Die wollen zurück in ein halbwegs normales Leben - oder schlicht in Rente gehen.

Die Gefahr ist also, dass die Guerilla durch neue kriminelle Gruppen ersetzt wird?

Genau. Die Gefahr geht heute schon von den erwähnten neuen Drogenbanden aus, den Bacrim. Das ist ein bisschen wie der Isla-

**«Die Gefahr geht von den neuen Banden aus. Das ist ein bisschen wie der IS.»**

## Die Bevölkerung spottet über den Rat zu Hamsterkäufen

Die Deutschen sollen für Terror, Krisen und Katastrophen wieder Notvorräte anlegen.

**Silke Mertins, Berlin**

Es könnte eng werden. Für alle, die sich gerne ein paar Nächte bei Freunden in Berlin, Hamburg oder München einquartieren, dürfte bald nur noch wenig Platz bleiben. Erstmals seit Ende des Kalten Krieges hat die deutsche Regierung diese Woche die Bevölkerung aufgerufen, sich zu Hause wieder Notvorräte für zwei Wochen anzulegen.

Das neue «Konzept für die Zivilverteidigung» empfiehlt, allein für eine vierköpfige Familie 112 Liter Wasser und 50 Kilogramm Lebensmittel stets im Haus zu haben. Selbstverständlich sollte auch jeder einen Spirituskocher und ein Kurbelradio sein eigen nennen. Mindestens. Am besten auch noch eine «Heizgelegen-

heit», eine Campingtoilette und eine Splitterpinzette.

Doch es gibt keine Wertschätzung mehr für vorausschauende Politik. Statt Innenminister Thomas de Maizière zu loben und der Anweisung dankbar Folge zu leisten, ergossen sich Hohn und Spott über den fürsorglichen Christdemokraten. Zeitungen bildeten niedliche Hamster mit dicken Backen auf den Titelseiten ab, bei der linksliberalen «taz» noch um den Rat ergänzt, die Nager nur zu grillieren. Die Zubereitung in der Pfanne und in der Mikrowelle habe in der Vergangenheit schon zu empfindlichen Verurteilungen geführt.

Noch schlimmer sah es im Netz aus. Unter dem Hashtag #hamsterkaufe rechneten auf Twitter die einen den geforderten Getreidevorrat in Bier um, grübelten über angemessene Not-Nutella-Rationen oder die Frage: «Gehen auch Meerschweinchen?» Auch mögliche Ergänzungen für den

Krisenfall waren Thema: «Die Bundesregierung rät, genügend Internet zu kaufen, damit man im Notfall nicht ohne dasteht.»

Die Opposition nutzte die Gelegenheit, um der Regierung vorzuwerfen, die Bevölkerung unnötig zu verunsichern, ja sogar Panik zu schüren. Und nicht einmal

die Reihen der eigenen Koalition standen geschlossen hinter dem Innenminister. Ein führender Sozialdemokrat, Fraktionschef Thomas Oppermann, beklagte das «völlig verfehlte» Timing de Maizières, so kurz nach den Anschlägen von Ansbach und Nürnberg. Allerdings: Wer kann heute schon

noch sagen, wann der richtige Zeitpunkt ist? Zwei Monate nach einem Attentat? Ein halbes Jahr? Bei dem Amoklauf von München im Juli, als ein psychisch gestörter Täter die Stadt unsicher machte, sollten die Menschen mehrere Stunden nicht auf die Strasse. Hinzukommen Cyber-Anschläge auf kritische Infrastruktur kommen: das Stromnetz oder die Wasserversorgung.

Das letzte Zivilschutzkonzept stammt aus dem Jahr 1994, kurz nach der Wende, als die Zeichen auf Entspannung standen - lange vor dem 11. September und dem Terror des «Islamischen Staats». Auch Naturkatastrophen und extreme Wetterlagen waren damals noch nicht so häufig wie heute. Als eine solche nimmt ein Twitter-Nutzer auch die derzeitige Hitzewelle in Deutschland wahr und fragt: «36 Grad. Frage an das System, ob das dieser Notfall ist und ich mir ne Flasche Hamsterwasser aufmachen darf?»

### Empfohlener 2-Wochen-Vorrat

Hier eine Auswahl dessen, was jeder deutsche 4-Personen-Haushalt laut dem Bundesinnenministerium horten soll:

- 112 l Wasser
- 19,6 kg Sättigungsbeilage (Nudeln, Reis usw.)
- 22,4 kg Gemüse und Hülsenfrüchte
- 14,8 l Milch
- 8,4 kg Fisch, Fleisch, Eier
- 2 kg Fette und Öle
- Toilettenpapier
- Kurbelradio

- Kerzen und Streichhölzer
- Taschenlampe plus
- Reservebatterien
- DIN-Verbandskasten
- Desinfektionsmittel
- Schmerzmittel
- Schmierseife
- Dosenöffner
- Feuerlöscher und Löschdecke
- Schutzhelm
- Schutzmaske
- Arbeitshandschuhe
- Heizgelegenheit
- Brennstoffe

## Jetzt soll d

Nachdem Frankreichs Justiz ein Verbot des Badeanzugs für Musliminnen aufgehoben hat, ertönt der Ruf nach einer Gesetzesänderung.

**Axel Veiel, Paris**

Nach einer höchstrichterlichen Entscheidung kehrt gemeinhin Rechtsfrieden ein. Nach dieser hier nicht. Am Freitagnachmittag hatte der Staatsrat, Frankreichs oberstes Verwaltungsgericht, klargestellt, dass das mit angeblichen Gefahren für Sicherheit und Ordnung begründete Burkini-Verbot des südfranzösischen Badesort Villeneuve-Loubet rechtswidrig ist. Der Nachweis der Gefahren sei nicht erbracht worden, das Verbot als schwerwiegender Eingriff in Religions- und Bewegungsfreiheit unzulässig, befanden die Richter. Tags drauf ist der Streit um den Ganzkörper-Badeanzug, der strenggläubigen Mus-



# Schon 1900 Tote im Drogen-Krieg

## Der philippinische Präsident lässt nicht ab von seiner Jagd auf Dealer und Süchtige

Im Kampf gegen Drogen werden auf den Philippinen in weniger als zwei Monaten über 1900 Menschen getötet. Menschenrechtler sind entsetzt, die Einheimischen unterstützen die Offensive.

**Ulrike Putz, Singapur**

Neben die Leiche des jungen Mannes haben seine Mörder ein Kartonschild gelegt: «Pusher Ako» - «Ich bin ein Drogendealer» - steht in Tagalog darauf geschrieben. Michael Siaron, dessen Tod auf offener Strasse in einem Vortort Manilas von einem Pressefotografen dokumentiert wurde, ist eines von über 1900 Opfern des brutalen Krieges gegen die Drogenmafia, der derzeit auf den Philippinen tobt.

In den ersten sieben Wochen seit dem Amtsantritt des Präsidenten Rodrigo Duterte Ende Juni sind 750 Drogenkriminelle von der Polizei getötet worden, sagte Polizeichef Ronald dela Rosa am Dienstag in Manila. Weitere 1160 Tötungen sollen auf das Konto von unbekanntem Tätern gehen. Menschenrechtler werfen

der Regierung vor, neben der Polizei auch Todesschwadronen auf die Opfer angesetzt zu haben.

Alle von der Polizei Getöteten seien bei Feuergefechten umgekommen, kaltblütige Morde habe es nicht gegeben, beteuerte dela Rosa vor der Untersuchungskommission, die der Senat eingesetzt hat, um die Serie von Tötungsdelikten aufzuklären. «Wir sind keine Schlächter», sagte der Polizist. Dela Rosa dementierte, dass es Anweisungen gegeben habe, Verdächtige aus dem Drogenmilieu gezielt auszuschalten.

**«Schiessen, um zu töten»**

Das klingt unglaublich. Denn Anfang August hatte Präsident Duterte sich noch damit gebrüht, eben jene Order ausgegeben zu haben. «Mein Befehl lautet: Schiessen, um euch zu töten», sagte er in Bezug auf Mitglieder der Drogenmafia. «Menschenrechte kümmern mich nicht, das solltet ihr besser glauben.»

Tatsächlich kommt die derzeitige Offensive auf den Philippinen keinesfalls überraschend. Dutertes Versprechen, mit aller Vehemenz gegen die Drogenma-

fia vorzugehen, war einer der Gründe für seinen erdrutschartigen Wahlsieg im Mai. Der 71-jährige Hardliner rief seinen Landsleuten damals, auf den Beruf des Bestatters umzusatteln - die würden bald beste Geschäfte machen. Und er versprach, die Bucht von Manila mit Leichen von 100 000 Kriminellen zu füllen.

Dass Duterte es ernst meinte, wussten seine Wähler. In den 22 Jahren, in denen er als Bürgermeister der Millionenstadt Davao City vorstand, hatte er sich den Spitznamen «der Bestrafer» erarbeitet: Mutmassliche Verbrecher landeten in seiner Stadt auf der südlichen Insel Mindanao selten vor Gericht, fanden aber oftmals einen frühzeitigen - meist ungeklärten - Tod.

Die aus 7100 Inseln bestehenden Philippinen sind Heimat von 100 Millionen Menschen. Sie haben in den letzten Jahren ein Wirtschaftswachstum von über 6 Prozent jährlich genossen. Trotzdem lebt ein Viertel der Bevölkerung in Armut und Korruption. Und das ständig wachsende Drogenproblem bereitet auch der Mittelklasse Sorgen. Laut dem

Polizeichef sollen bis zu 3,7 Millionen Filipinos Drogen nehmen. Ganze Gemeinden werden von der Drogenmafia kontrolliert, die sich nur durch Bestechung der Strafverfolgung entzieht.

Dutertes Anhänger argumentieren, das jetzige harte Vorgehen habe in kürzester Zeit Erfolg gezeigt. Fast 700 000 Drogendealer und Abhängige hätten sich in den vergangenen Wochen ge-

stellt, sagte Polizeichef dela Rosa. Die Zahl der Gewalttaten sei dramatisch gesunken, auch bei Raub und Vergewaltigungen um 30 bis 50 Prozent. «Ich gebe zu, dass viele sterben, aber unsere Kampagne hat Durchschlagskraft.» Der Minister für Wirtschaft und Planung, Ernesto Pernia, sagte, die Offensive sei «ein notwendiges Übel», um ein positives Investitionsklima zu schaffen.

Internationale Beobachter zeigen sich angesichts der Tötungswelle entsetzt. Die USA, enge Verbündete Manilas, erklärten, sie seien tief besorgt. Human Rights Watch mahnte an, westliche Regierungen müssten Duterte zur Ordnung rufen.

Duterte hat sich bisher von Kritik unbeeindruckt gezeigt. Zwei Uno-Sonderbeauftragte belegte der Präsident mit wüsten Schimpfwörtern, und er drohte vergangenen Sonntag gar damit, die Philippinen könnten aus der Uno austreten und gemeinsam mit China ihren eigenen Staatenverbund gründen. Sein Außenminister hatte danach Mühe, diese Entgleisung wieder einzufangen, schob das Verhalten Dutertes auf «Müdigkeit» und «Hunger».

Kritiker im eigenen Land attackiert der Präsident aggressiv. Der ehemalige Justizministerin und Vorsitzenden der Untersuchungskommission im Senat, Leila De Lima, warf er vor, selbst in den Drogenhandel verstrickt zu sein. Zuvor hatte er bereits andere nicht genehme Politiker, Richter und Beamte namentlich als Drogenhändler bezeichnet.

**Hohe Zustimmungswerte**

Dass viele Filipinos Dutertes Wildwest-Methoden schätzen, zeigen sie in diesen Wochen mit Kundgebungen in Manila. In Umfragen kommt der Präsident derzeit auf Zustimmungswerte von über 90 Prozent. Selbst die moderate Presse gesteht ihm zu, in kürzester Zeit Ergebnisse im Drogenkampf vorweisen zu können.

In anderer Sache konnte Duterte jetzt immerhin einen echten Erfolg verbuchen. Am Freitag endete der Krieg gegen die kommunistische Guerilla, in dem seit Ende der sechziger Jahre mehr als 40 000 Personen umgekommen sind. Repräsentanten der Rebellengruppe Kommunistische Partei der Philippinen und der Regierung unterzeichneten im norwegischen Oslo einen unbefristeten Waffenstillstandsvertrag.



mische Staat. Die rekrutieren alternativlose junge Leute, die nichts zu tun haben und durch die Macho-Kultur geprägt sind. Die brauchen gar keine Ex-Gueñeros zu rekrutieren.

*Das heisst, nach dem historischen Friedensschluss könnte die Gewalt in Kolumbien ansteigen?*

Ja. Aber das ist nicht unüblich und hängt davon ab, wer die Kontrolle über das betreffende Gebiet hat.

*Braucht Kolumbien auch internationale Unterstützung?*

Das ist ja kein armes Land. Es gibt sehr viel Geld. Einkommen und Land sind aber sehr ungleich verteilt. Die internationale Hilfe dient eher der Legitimation. Präsident Santos hat das bis anhin sehr geschickt gemacht, indem er sich internationale Unterstützung für den Friedensprozess gesichert hat.

Interview: Matthias Knecht



Waffen, Blut und Tote: Der philippinische Präsident Duterte führt einen gnadenlosen Kampf gegen die Drogen. (Manila, 12. Juli 2016)

# er Burkini erst recht verboten werden

liminnen Teilhabe am Strandleben ermöglichen soll, wieder in aller Heftigkeit entbrannt.

Frankreichs Premierminister Manuel Valls, der den Burkini bereits als «Ausdruck eines politischen Projekts zur Unterwerfung der Frau und zur Gründung einer Gegengesellschaft» angeprangert hatte, hat nachgelegt. Als «Zeichen eines todbringenden Islamismus» geisselte der Regierungschef die stoffreiche Badekleidung auf Facebook.

Valls weiss die Mehrheit seiner Landsleute nach den Terroranschlägen des Islamischen Staates hinter sich. Wie aus einer am Donnerstag veröffentlichten Umfrage hervorgeht, halten 64 Prozent der Franzosen ein Burkini-Verbot für angebracht. Dass in acht Monaten Präsidentschaftswahlen stattfinden, verleiht dem Votum zusätzliches Gewicht.

Valls will indes mit Rücksicht auf andersdenkende Kabinetts-



Polizisten setzen in Nizza das Burkini-Verbot durch. (23. August 2016)

mitglieder den Worten keine gesetzgeberische Taten folgen lassen. Bildungsministerin Najat Vallaud-Belkacem etwa hat das Burkini-Verbot als «Ermutigung für Rassisten» kritisiert. Ganz anders die konservative Opposition. Die Republicans (LR) wollen religiöse Symbole wie den Burkini nun per Gesetz aus dem öffentlichen Leben zurückdrängen.

LR-Sprecher Guillaume Larrivé kündigte am Samstag eine entsprechende Gesetzesinitiative an und verwies zur Begründung darauf, dass es nicht Sache des Staatsrats sei, Frankreich zu regieren. Der frühere Präsident Nicolas Sarkozy, der ein zweites Mandat anstrebt, hatte sich zuvor dafür stark gemacht, das bereits aus öffentlichen Schulen verbannte islamische Kopftuch künftig auch nicht mehr in Universitäten und Unternehmen zu dulden. Marine Le Pen, Chefin des Front national, plädiert gar

dafür, dass «gut sichtbare religiöse Symbole, wozu auch der Burkini gehört», gänzlich aus dem Strassenbild verschwinden.

Mehrere Gemeindepräsidenten, die das Tragen des Burkinis mit ähnlich lautenden Begründungen untersagt hatten wie der vor Gericht unterlegene Kollege, haben angekündigt, am Verbot festhalten zu wollen. Als Einzelfallregelung hat die Entscheidung des Staatsrats für die 30 Gemeinden, die den Ganzkörper-Badeanzug ebenfalls von ihren Stränden verbannt hatten, keine unmittelbaren Folgen. Die Verbote bleiben in Kraft, solange die Gemeinde sie nicht zurücknimmt oder ein Gericht sie hierzu verpflichtet.

Vor der Entscheidung des Staatsrats hatten die Emotionen auch bei den Gegnern des Burkini-Verbots hohe Wogen geschlagen. Empörung löste aus, dass Musliminnen in Cannes und Nizza allein wegen des Tragens eines

islamischen Kopftuchs am Strand polizeilich verwahrt worden waren. Vor allem aber schürten diese Woche in britischen Medien veröffentlichte Fotos den Zorn. Sie zeigen eine von vier schwer bewaffneten Polizisten umringte Muslimin, die ein Hals und Schultern bedeckendes Tuch abnimmt. Ob sie es von sich aus tut oder aber von den Ordnungshütern auf demütigende Weise unter Druck gesetzt wurde, was die Bilder nahelegen, ist ungeklärt.

Fest steht, dass Polizisten seit der Lastwagen-Attacke auf Nizzas Strandpromenade, die Mitte Juli 86 Personen in den Tod riss, zu viert und schwer bewaffnet patrouillieren. Fest steht auch, dass sie Bürger zum Befolgen städtischer Erlasse anzuhalten haben. Aber eine solch nüchterne Betrachtung ist in einer derart emotional geführten Auseinandersetzung nicht zu erwarten.